

SPD-Fraktion • Dhünnstr. 2b • 51373 Leverkusen

Herrn
Oberbürgermeister
Reinhard Buchhorn
Rathaus
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

Dhünnstraße 2b
51373 Leverkusen
Telefon 0214 - 475 73
Telefax 0214 - 310 50 46
fraktion@levspd.de
www.fraktion.levspd.de

Leverkusen, 5. Dezember 2012
mbl/sf/F.4-086

Inklusion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir möchten Sie bitten, den nachfolgend aufgeführten Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien setzen zu lassen.

Die Verwaltung wird beauftragt auf der Grundlage der "UN-Konvention (Übereinkommen) über die Rechte von Menschen mit Behinderung" vom Dezember 2006 sowie den einschlägigen Veröffentlichungen von Bund, Land und Kommunen (z.B. Bonn) dazu, einen "Leverkusener Inklusionsplan" zu erstellen, der als Querschnittsaufgabe im Bereich des Oberbürgermeisters liegt.

Der Plan soll aufzeigen, welche Barrieren wir schon beseitigt haben, die einer Inklusion entgegen stehen. Aber auch, was wir in den verschiedensten kommunalen Bereichen noch tun können/müssen, um dem Ziel einer inkludierten Gesellschaft näher zu kommen. Dabei soll aufgezeigt werden, was ohne zusätzlichen Ressourceneinsatz erreichbar ist bzw. welche mittel- und langfristig erforderlich sind.

Begründung:

Die "UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung" vom Dezember 2006 hat der politischen Diskussion "Wie wollen, wie müssen wir mit einander umgehen?" eine neue Richtung gegeben. Die Bundesrepublik hat die Konvention im März 2009 unterzeichnet und damit ihre rechtliche Relevanz für unser Gemeinwesen unterstrichen. Wie weit diese Rechte reichen, wie weit sie einklagbar und zwingend sind, soll hier nicht näher untersucht werden. Wichtig für uns ist: Können wir uns der dort erfolgten neuen Sichtweise anschließen und inwieweit beeinflusst diese unser zukünftiges politisches Handeln?

Um was geht es?


Die Konvention steht gleichsam unter dem Motto: "Nichts über uns ohne uns!" Ein Motto, das alle einschließt, eben inkludiert. Inklusion fordert, will die Teilhabe aller an gesellschaftlichen Prozessen und Diskussionen. Jeder Mensch soll/muss daran "vollständig und gleichberechtigt" teilhaben können, unabhängig von seinen geistigen und körperlichen Fähigkeiten, seiner Religion, seiner ethnischen und sozialen Herkunft, seiner Gesinnung, seinem Geschlecht und Alter. Diese Forderungen haben ihre Konsequenzen: "Behinderung/en" werden nicht in erster Linie in einem "Mangel der Person" gesehen, sondern in Barrieren, die gesellschaftlich geschaffen wurden. Strukturen, die man sehr wohl verändern kann. "Behinderungen" lassen sich auch wegräumen. Solange wir das nicht zur Kenntnis nehmen, sind wir alle in einem gewissen Sinne "behindert". Ernst genommen, wird diese Sichtweise unseren Alltag verändern.

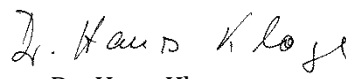
Als Behinderten-Übereinkommen formuliert, betrifft die Konvention eben nicht nur ausgesucht "Behinderte", sondern uns alle. Für unsere gesellschaftlichen Einrichtungen - auch in der Kommune - heißt das: Alle Verwaltungseinheiten haben sich danach zu fragen, welche physischen, mentalen aber auch kommunikativen "Barrieren" sind aufgebaut, zugelassen, übersehen oder ganz einfach bisher gedankenlos mitgeschleppt worden, die Menschen an der Teilhabe hindern. Und weiter: Was können und müssen wir ändern, damit Teilhabe möglich wird und wir der Vielfalt (dem Anderssein) der Menschen gerecht werden.

Schulen und Kindergärten müssen sich für alle öffnen. Umgekehrt gilt das auch m.E. für unsere Sondereinrichtungen. Ohne die Erfahrung und Kompetenz der Letzteren wird es nicht gelingen, Bildungseinrichtungen zu etablieren, die von Anfang an keine "Unrechtserfahrung durch gesellschaftliche Abgrenzung" mehr zulassen. Dazu ist der Dialog mit allen Beteiligten unverzichtbar.

Das sind alles große Ziele. Sie können, was wir wissen, nicht durch Beschluss herbeigeführt werden. Dazu muss der Dialog mit allen Beteiligten und Akteuren geführt werden. Wir können uns gemeinsam auf den Weg machen, Schritt für Schritt dem Ziel etwas näher zu kommen. Diesem Anfang dient unser Antrag.

Mit freundlichen Grüßen


Peter Ippolito
Fraktionsvorsitzender


Dr. Hans Kloze
Ratsherr